



Bremische Bürgerschaft

Präsident
Christian Weber

Rede zum Neujahrsempfang der Bremischen Bürgerschaft am 11. Januar 2011 um 11.30 Uhr im Festsaal

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte Sie sehr herzlich auch im Namen meiner Vorstandskolleginnen und -kollegen in der Bremischen Bürgerschaft begrüßen. Der Auftakt in ein neues Jahrzehnt liegt erst wenige Tage hinter uns. Und viele von Ihnen werden noch erfüllt sein von positiven Vorsätzen und Erwartungen. Das ist gut so, denn die Ernüchterung kommt früh genug. Mit gesundem Optimismus tun sich viele Menschen vor allem in Deutschland schwer, sind skeptisch, wenn nicht gar pessimistisch. Wir brauchen beides: Wo Schwierigkeiten auftauchen, so erkannte schon Albert Einstein, liegen auch die Möglichkeiten. Also: Nur Mut zum Optimismus, meine Damen und Herren!

Ich freue mich über den außergewöhnlich hohen Zuspruch, den Sie unserem Hause erweisen. Es ist ja vor allem ein Ort der Kommunikation, und die Möglichkeit zum Meinungs- und Gedankenaustausch möchten wir Ihnen heute zum Neujahrsempfang reichlich bieten. Ich werde nicht über die unerbittliche Bremer Schuldenuhr spekulieren, die tickt und tickt – auch nicht über Bremens Schicksalsuhr lamentieren, die uns regelmäßig, zuletzt wieder von Baden-Württemberg, vor Augen führen soll, dass unsere Selbstständigkeit im deutschen Föderalismus angeblich längst abgelaufen ist. Darüber können Sie sich anschließend vortrefflich streiten. Wenn Sie das zurückliegende Jahr Revue passieren lassen, hoffe ich doch, dass Sie sich gerne auf den 20. Jahrestag der Deutschen Einheit besinnen, den Bremen mit viel Herz und Verstand, mit Augenmaß und Professionalität über die Bühne gebracht hat. Nicht zu vergessen die staatsoberhauptlose Zeit in Deutschland, als unser Bürgermeister und damalige Bundesratspräsident Böhrnsen von heute auf morgen in Berlin in die Bresche springen musste und dafür hohe Anerkennung und Sympathie erntete. Das alles hat Bremen gut getan – in der Innen- wie Außenwirkung. Es war Balsam für unsere Seelen und unser Selbstbewusstsein. Davon kann man nie genug einstreichen!

Meine Damen und Herren,

ich begrüße hier und heute Bürgermeister Jens Böhrnsen, Bürgermeisterin Karoline Linnert sowie die Mitglieder des Bremer Senats. Aus Bremerhaven begrüße ich den Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, Oberbürgermeister Melf Grantz sowie Bürgermeister Michael Teiser. Ich begrüße Staatsgerichtshofspräsident Prof. Rinke. Ich heiße die Vorsitzenden der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen herzlich

willkommen, die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, des Bundestages und Europaparlaments sowie die Mitglieder der Beiräte und die Ortsamtsleiter. Ich freue mich über den Besuch unserer Alt-Bürgermeister Hans Koschnick, Klaus Wedemeier und Henning Scherf. Ich begrüße General- und Honorarkonsuln und die Vertreter ausländischer Missionen. Besonders begrüßen möchte ich Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Landräte aus unserem Umland. Und den Vertretern und Nachbarn aus Lilienthal rufe ich zu: Hoffentlich kommen Sie in Kürze mit der Linie 4 in die Innenstadt gefahren! Den Repräsentanten aus anderen Richtungen rate ich: Setzen Sie sich frühzeitig in Ihr Auto, denn Bremen rüstet seine Ampeln auf, die von Grün gerne auf „Rot“ gestellt werden. Nicht zuletzt begrüße ich ganz herzlich hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, der Jüdischen Gemeinde sowie der Bundeswehr. Und ich freue mich, dass General a.D. Wolfgang Altenburg unserer Einladung gefolgt ist.

Meine Damen und Herren,

es sich schon gute Tradition geworden, dass wir Angehörige besonderer Berufsgruppen zu unserem Neujahrsempfang einladen. Diesmal sind es Frauen und Männer, die uns existenziell sehr nahe kommen, die wertvolle Dienste leisten, die wir inzwischen leichtfertig als völlig selbstverständlich empfinden. Die einen helfen entscheidend mit, dass unsere Kinder und Enkelkinder heil das Licht der Welt erblicken; die anderen sorgen dafür, dass wir selbst in extremen Witterungssituationen mobil bleiben, auch wenn wir mal für ein paar Tage auf den gewohnten Parkplatz direkt vor der Haustür verzichten müssen. Ich freue mich sehr, dass wir heute Hebammen aus Bremen und Bremerhaven sowie Männer vom Winter- und Streudienst im Lande als Ehrengäste unter uns haben. Herzlich willkommen! Beide Gruppen haben es weiß Gott nicht leicht in ihrem beruflichen Alltag. Die Erwartungen an ihre Arbeit sind groß, das Verständnis für die finanziellen Nöte hier oder die Imageprobleme dort ist eher klein. Deshalb möchte ich Sie, die Betroffenen, ermuntern, mit der Politik und mit uns allen heute ins Gespräch zu kommen.

Meine Damen und Herren,

das vergangene Jahr war noch jung, als Margot Käßmann, damals Bischöfin und Vorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, mit ihrer Rede für viel Aufmerksamkeit sorgte. „Nichts ist gut in Afghanistan“, sagte sie damals und ließ durchblicken, dass dort aber auch gar nichts gerecht sei. In Afghanistan hat sich substanziell nichts verändert. Ob und wie die Staatengemeinschaft dort Gutes bewirkt, beschäftigt die Menschen immer mehr. Und wo Krieg herrscht, kann es keine Gerechtigkeit geben.

Ich frage mich, gibt es denn eine Gerechtigkeit im Frieden, also beispielsweise in unserer Republik? Ich würde Ihnen nachher gerne ein gutes, gesundes, friedfertiges, gesegnetes – und eben auch ein gerechtes Jahr 2011 wünschen. Nur befürchte ich, dass letzteres ein frommer Wunsch bliebe.

Wir leben in einem fortgeschrittenen Rechtsstaat, in dem jedoch das subjektive Rechtsempfinden und das geschriebene, objektive Recht auseinander klaffen. Was als Recht gesprochen wird, wird nicht unbedingt als Gerechtigkeit empfunden. Das spürt jeder, der einmal vor Gericht gestanden hat. Volkes Mund hat dafür eine eigene

Interpretation: Vor Gericht und auf hoher See sind wir in Gottes Hand. „Wir haben Gerechtigkeit erwartet“, meinte die kürzlich verstorbene Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley nach der deutsch-deutschen Vereinigung, „und haben den Rechtsstaat bekommen.“ Das klingt nach Enttäuschung und Bitterkeit.

Aber dieses Empfinden begleitet den Menschen wohl durch seine ganze Geschichte. Die Gerechtigkeit galt bereits in der Antike als oberste Kardinaltugend – noch vor Klugheit, Tapferkeit und Maßhalten. Doch sie blieb im Gegensatz zu beschlossenen Gesetzen immer relativ und zufällig. Für den subjektiven Gerechtigkeitssinn gibt es keinen allgemein verbindlichen Rahmen. Das ist die Tragik dieses hehren Wertes, und es ist die Tragik zum Beispiel von „Michael Kohlhaas“.

„Michael Kohlhaas“ ist eine Erzählung von Heinrich von Kleist. Der Pferdehändler Kohlhaase aus Brandenburg ist bislang ein fleißiger, rechtschaffender Mann. Eines Tages wird er von einem von Machtmissbrauch und Willkür getriebenen Landjunker betrogen. In seinem Kampf um Gerechtigkeit verletzt Kohlhaas schließlich selbst die Gesetze. Er setzt all seine bisherigen Werte und sein Leben aufs Spiel. Ja, so würde man heute sagen, er wird zum Amokläufer, zum Terroristen. Am Ende des vielschichtigen Werkes von Kleist gibt es zwar Gerechtigkeit für das, was „Kohlhaas“ anfangs widerfahren ist, der Held selbst allerdings wird wegen seiner schweren Verbrechen zum Tode verurteilt.

Meine Damen und Herren,

warum erzähle ich Ihnen das? Wir erinnern uns in diesem Jahr an den 200. Todestages des großen deutschen Dichters Heinrich von Kleist. Und sein Werk besitzt heute nach wie vor Aktualität und birgt gesellschaftlichen Zündstoff. „Wie könnt ihr nach dem Gesetz leben, wenn das Gesetz nichts nützt?“, heißt es darin. Uns stehen 2011 weitere wichtige Gedenktage bevor: 50 Jahre Amnesty International, 40 Jahre Greenpeace und 40 Jahre Ärzte ohne Grenzen. Die drei Organisationen haben, und daran glaube ich, die Welt zwar nicht gerecht, aber ein wenig gerechter gemacht. Wir erinnern uns allerdings auch an den katastrophalen 11. September, der sich nun zum 10. Mal jährt. Hier versagt schon wieder die Gerechtigkeit.

Im vergangenen Jahr ist „Wutbürger“ zum Wort des Jahres gewählt worden. Das klingt gewaltig, ist plakativ. Ob es den Bürgerinnen und Bürgern, die damit gemeint sind, gerecht wird, ist eine andere Sache. Könnte es nicht vielmehr sein, dass die sogenannten Wutbürger eher Mutbürger sind – Menschen, die beobachten, dass etwas nicht mit rechten Dingen zugeht, sie jetzt dagegen aufbegehren? In Hamburg beispielsweise lehnte sich das Volk erfolgreich gegen eine geplante Schulreform auf. Ja, dann ist da Stuttgart 21, ein zum Abriss stehender Bahnhofkomplex, dessentwegen sich Volkes Zorn entlädt. Nach jahrzehntelanger Planung taucht „plötzlich“ die Frage nach einer Volksabstimmung über das Jahrhundert-Investitionsprojekt auf, reichlich spät.

Es ist eine Tatsache, dass Volksentscheide in den Länderverfassungen und insbesondere auf Bundesebene nur sehr beschränkt vorgesehen sind – ein echter Hemmschuh für das nötige Maß an direkter Demokratie. Ein Mehr an direkter Demokratie stuft eine wachsende Zahl von Menschen als überfällig und nur gerecht ein, um grundlegende Entscheidungen für die Gesellschaft oder besser für Teile der

Gesellschaft nicht allein den politischen Hierarchien zu überlassen. Übrigens: In Bremen sammelte eine Bürgerinitiative im Frühjahr 2006 rund 65.000 Unterschriften, um mehr Einfluss der Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen im Städtestaat zu erreichen. Daraus entwickelte sich ein Volksbegehren und ein neues, von der Bürgerschaft beschlossenes Wahlrecht, das am 22. Mai zur Anwendung kommt. Ich werde es Ihnen gleich noch vorstellen.

Meine Damen und Herren,

ich halte eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungs- und Planungsprozessen für richtig. Im heutigen politischen Raum darf sich Mitmachen und Mitmischen nicht auf den Wahlakt alle vier oder fünf Jahre beschränken. Aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger sind weniger an parteipolitischen Kompromissen interessiert, sondern wollen konkrete, nachzuvollziehende Ergebnisse auf breiter Basis, an denen sie unter Umständen ein Stück weit persönlich mitwirkten. Immer mehr Menschen spüren, dass sie eigentlich die Experten sind für das, was in ihrem unmittelbaren Lebensraum passiert; sie möchten gefragt und gehört werden – ob A 218 oder Tunnel in Seehausen. Ich unterstütze Forderungen, beispielsweise bei Infrastrukturprojekten Runde Tische einzurichten und diese unter Umständen gesetzlich zu verankern. Denn solche Prozesse können auch dazu beitragen, allzu blauäugige Vorstellungen von Volksbeteiligung zu kanalisieren und zu korrigieren: Ob das Volk am Ende weise und gerecht urteilt, wage ich doch zu bezweifeln.

Dem „gesunden Volksempfinden“ misstraue ich. Deshalb darf auch nicht die Erwartung geweckt werden, die Bedürfnisse einzelner Gruppen seien generell durchsetzbar. Eine Rechnung wie „dies und das – für jeden was“ geht sicherlich ebenfalls nicht auf. Die staatliche Ordnung muss die Aushöhlung beziehungsweise Verkehrung von Prinzipien des sozialen Ausgleichs, der Solidarität und der Toleranz verhindern. Sie muss vermeiden, dass sich Partikularinteressen über das Allgemeininteresse erheben. Die Substanz unseres politischen Systems, und das sage ich mit Nachdruck, bleibt die parlamentarische Demokratie mit all ihren Kontrollmechanismen! Und ist es nicht ein richtungsweisendes Zeichen, dass erst ein erfahrener Parlamentarier, nämlich Heiner Geißler, die Konfliktparteien allmählich zu befrieden und auf einen konstruktiven Dialog einzustimmen versteht?

Um die parlamentarische Demokratie, meine Damen und Herren, ist es um dieses Jahr gar nicht schlecht bestellt. Das liegt nicht nur, aber auch an den Wahlen in sieben Bundesländern, darunter im Bundesland Bremen. Dafür ist es unerlässlich, die Bürgerinnen und Bürger wieder stärker in die Politik einzubinden. Haben wir sie in der Vergangenheit wirklich ernst genommen? Haben sich die Politik und auch die für die Demokratie unverzichtbaren Medien nicht zu oft vor allem mit sich beschäftigt – zu Lasten ihres öffentlichen Auftrages und ihrer Verpflichtung, sich um das Gemeinwohl zu kümmern?

Erinnern Sie sich an den überraschenden Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler? Die Gründe seines folgenreichen Schrittes sind bis heute nicht wirklich nachvollziehbar. Auch andere Spitzenpolitiker schieden in einer Art und Weise aus dem Amt, als seien ihnen aus Lust und Laune die Pflicht und Schuldigkeit gegenüber ihren Wählern völlig abhanden gekommen. Eine gewisse Oberflächlichkeit in der öffentlichen politischen Diskussion 2010 wundert mich nicht – auch nicht, dass

Tattoos im politischen Raum mehr Aufmerksamkeit erregten als Tagesordnungen im Bundestag oder Kabinettsitzungen.

Es ist fatal, dass sich inzwischen nicht nur an den Rändern der Gesellschaft Menschen von der Politik verabschiedet haben, sondern auch aus der Mitte sich deren Mitglieder abwenden. Der Bundespräsidentenskandidat Joachim Gauck wies dieser Tage darauf hin, dass die politische Kaste zwar immer mehr formuliert und fabuliert, aber zugleich weit am Volk vorbeiredet. 2010 war nämlich auch ein Jahr des Getöses und der Lautstärke. Viele Politikerpersönlichkeiten finden plötzlich Spaß daran, sich als Weltverbesserer zu profilieren. Häufig bedeutet das nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen. Bemerkte wird es kaum! Die Sprache der politischen Korrektheit bei gleichzeitiger Abgehobenheit weckt bei den Menschen das Gefühl, dass die wirklichen Probleme verschleiert werden sollten. Einen Populisten wie Theo Sarrazin, der einst selbst zum politischen Establishment gehörte, verstehen die Leute sehr wohl!

Politik ist harte Arbeit, wenn Sie so wollen ein Planfeststellungsverfahren. Politik heißt Auseinandersetzung, Vertrauen bilden, Überzeugung leisten und Konsens finden. Die demokratischen Rechte und Gepflogenheiten, die keinesfalls selbstverständlich sind, sind fragiler geworden. Dass in einem freiheitlichen Land inmitten Europas Medien systematisch gemaßregelt werden, ist besorgniserregend, auch die Tatsache, dass in einem zivilisierten Land das Militär gegen Streikende aufmarschiert. Ich bin sehr froh, dass bei uns im Gegensatz etwa zu den Niederlanden der Rechtspopulismus keinen weiteren Nährboden im Parteiengewebe gefunden hat. Und das muss auch unbedingt so bleiben. (Lassen Sie mich hinzufügen: Gegen Auftritte der NPD und deren Agitationen in Bremen werden wir uns zu wehren wissen!)

Meine Damen und Herren,

in diesem Jahr stehen wir vor der Herausforderung, dass uns die sogenannten Wutbürger als Wählerinnen und Wähler nicht verloren gehen. Dass sie trotz ihres Protestes, den sie zu Markte tragen, sich ihrer Verantwortung für die geltende Staatsform bewusst bleiben. Artikel 20 des Grundgesetzes legt fest: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung ausgeübt.

Im Zusammenspiel dieser Kräfte braucht man auch die, die sich abzuwenden drohen. Und wir brauchen diejenigen, die sich schon abgewendet haben, denen alles egal ist und die wir sonst als zunehmende Zahl von Nichtwählern registrieren müssten. Eine anspruchsvolle Aufgabe für Parteien und Politik - eine, die die Parteien und Politik allein überfordert?

Joachim Gauck sagt und dem stimme ich zu: „Es gibt in der Demokratie nicht nur eine Bringschuld der Politiker, sondern auch eine Holschuld der Bürger.“ Und diese Holschuld sollte man den Bürgerinnen und Bürgern so leicht wie möglich machen. Indem man sie von den Notwendigkeiten parlamentarischen Handelns ebenso überzeugt wie von den Möglichkeiten der Partizipation, also der direkten Demokratie, insbesondere auf lokaler und regionaler Basis. Nach den vielen Wahlen in diesem Jahre werden wir am Ende anhand des Niveaus der Wahlbeteiligung erkennen können, ob uns die Festigung unseres Politikmodells gelungen ist oder nicht.

Meine Damen und Herren,

das neue Bremer Wahlrecht, nach dem Sie am 22. Mai ihre Stimmen zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven sowie der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen abgeben werden, sichert den Wahlberechtigten mehr Einfluss und sorgt für mehr Dynamik im Abstimmungsprozess. Sie haben statt einer künftig fünf Stimmen, die Sie beliebig vergeben können: an Parteien und/oder Personen. Nicht nur die Spitzenkandidaten, sondern alle Bewerberinnen und Bewerber sind nun auf dem Stimmzettel beschrieben. Das neue Wahlrecht beinhaltet eine starke Persönlichkeitskomponente. Also: Auch Personen ohne Top-Listenplatz haben eine Chance, in die Bürgerschaft einzuziehen, wenn Sie als Wählerin und Wähler das wollen.

Meine Damen und Herren,

wir arbeiten gerade mit Hochdruck an einer Kommunikationskampagne für die Wahl am 22. Mai. Ich betrachte das als Verpflichtung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern – und vor allem gegenüber unseren Jugendlichen, denn die dürfen jetzt schon ab 16 Jahren die Bürgerschaft wählen. Dennoch müssen wir uns davor hüten, das neue Wahlrecht zu einem Buch mit sieben Siegeln zu stilisieren. Manchmal beschleicht mich ein mulmiges Gefühl, wenn ich Gesprächsrunden zum Thema Wahlrecht verfolge: Je häufiger darüber geredet wird, desto mehr wittern die Menschen einen komplizierten Vorgang. Mit solchen irrationalen Einschätzungen müssen wir behutsam umgehen. Denn bremischen Wählen ist so einfach wie effektiv: Wenn aus 1 gleich 5 werden, folgt daraus ein deutlicher Gewinn. Den hier Anwesenden muss ich das sicher nicht weiter erklären. Aber ich möchte dafür kämpfen, dass möglichst viele Wahlberechtigte davon überzeugt und dazu motiviert werden, die größeren Mitwirkungschancen zu nutzen. Man soll ja nicht unken; das geht auch meistens schief. Dennoch: Mein Wunsch wäre schon eine höhere Wahlbeteiligung als 2007, gerne 60 Prozent plus. Eigentlich ein bescheidener und hoffentlich kein frommer Wunsch.

Doch nun sollten wir uns den eher geselligen Dingen des Lebens zuwenden. Ich lade Sie ein zu einem Glas Sekt oder Wein, damit wir alle miteinander auf das neue Jahr anstoßen können. Wir werden Ihnen dazu etwas Herzhaftes anbieten, das junge, engagierte Leute von der Schülerfirma „Genusswerk“ an der Schule Dudweilerstraße für uns mit viel Liebe zubereitet haben. Übrigens: Auf Ei-Brötchen haben wir in diesem Jahr verzichtet. Ich hoffe, Sie sehen uns das nach!

Ich möchte mich an dieser Stelle bei meinen Kolleginnen und Kollegen, den Bürgerschaftsabgeordneten, für ihre Arbeit herzlich bedanken. Ich bin sicher, dass sie ihren Einsatz bis zum Ende der Legislaturperiode couragiert und kenntnisreich im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger fortsetzen werden. Ihnen allen hier im Saal wünsche ich ein gutes und frohes, von Gesundheit, Zuversicht, Tatendrang und Lebensfreude geprägtes Jahr 2011. Gerech wird es wohl nicht, aber dank der Vernunft von immer mehr Menschen vielleicht gerechter als andere. Wir können dazu ein wenig beitragen, indem wir beherzigen, was uns die Jahreslosung der Evangelischen Kirche aus dem Römer-Brief 12,21 mit auf den Weg gibt: „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.“